

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2015

BERUFLICHE BILDUNG FÖRDERN – FUNDAMENT UNSERER WIRTSCHAFT STÄRKEN

08.01.2015

Starkes Berufsbildungssystem

Unser betriebliches Ausbildungssystem ist jedem anderen Ausbildungssystem überlegen. Nicht Frankreich, Italien oder Spanien mit hohen Akademikerquoten verfügen über hohe Wirtschaftskraft und geringe Jugendarbeitslosigkeit, sondern Länder mit betrieblichen Berufsbildungssystemen wie die Schweiz, Österreich und Deutschland. Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, Bayern die niedrigste in Deutschland.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- ◆ Die Ausbildungsinhalte richten sich nach dem betrieblichen Bedarf. Was vermittelt wird, wird auch gebraucht.
- ◆ Die Ausbildung erfolgt am Kundenauftrag. Jeder Handgriff hat Relevanz. Der Lernerfolg ist garantiert.

Deshalb setzt sich die CSU-Landesgruppe dafür ein, die betriebliche Berufsausbildung zu stärken. Wir wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine betriebliche Ausbildung zu entscheiden, sie auf diesem Weg unterstützen und ihre Karrieren im Berufsbildungssystem fördern. Wir müssen weg von dem Bild, dass primär akademische Abschlüsse anzustreben sind. Es muss das Motto gelten: Lieber eine ordentliche Berufsausbildung als ein schlechtes Studium. Wir brauchen dringender motivierte Mechatroniker als schlechte Bachelor in Betriebswirtschaft. Es darf nicht dazu kommen, dass wir mit dem Hochschulpakt heute den Fachkräftemangel von morgen finanzieren.

Aktuellen Herausforderungen begegnen

Geburtenrückgang und insbesondere auch die gestiegene Studierneigung setzen das Berufsbildungssystem unter Druck. 2013 blieb jeder fünfte Ausbildungsplatz frei. Jedes fünfte Unternehmen bekam keine einzige Bewerbung auf seine Lehrstellen mehr. Gleichzeitig arbeitet jeder fünfte europäische Akademiker in einem Beruf, für den kein Studium nötig wäre.

Die Folgen sind schon jetzt spürbar: In 63 von 294 Fachkräftegattungen bestehen zurzeit Engpässe. Für 49 dieser Berufe gibt es eine Ausbildung im dualen System

(u.a. Metall, Elektronik, Sanitär, Heizung, Klima, Kfz, Bau, Lebensmittel-Erzeugung/-Verarbeitung/-Vertrieb). Bis 2020 fehlen bis zu 1,4 Millionen Fachkräfte in technischen Berufen - aber nur rund 150.000 MINT-Akademiker.

Deshalb wollen wir in den nächsten Jahren das Berufsbildungssystem und seine Infrastrukturen konsequent und nachhaltig stärken und dafür sorgen, dass es nicht nur im Ausland sondern wieder auch im Inland die ihm gebührende Wertschätzung erfährt.

Die starken Schulabgängerinnen und Schulabgänger gewinnen

Viele Ausbildungsberufe sind heute hoch anspruchsvoll und deshalb auch attraktiv für Jugendliche mit Studienberechtigung. Modernste Instrumente und Geräte sind im Einsatz, deren Umgang umfassende Kenntnisse und Fertigkeiten verlangt. Oft sind die Arbeitsaufträge mit hoher Verantwortung für die Sicherheit von Menschen verbunden. Damit vor allem Gymnasiasten nicht länger einseitig auf ein Studium eingestimmt werden, wollen wir die bewährten Berufsorientierungsmaßnahmen auch auf die Gymnasien ausweiten. 100.000 junge Menschen brechen jährlich ein Studium ab. Diese Fehlsteuerung gilt es, so schnell wie möglich zu korrigieren.

Jeden Jugendlichen mitnehmen

Wenn wir Wirtschaftskraft und Wohlstand bewahren wollen, können wir auf keinen Schulabgänger verzichten. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine Ausbildungsgarantie für jeden Jugendlichen abgegeben, die mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung nun eingelöst wird. Es gilt, alle Talente zu nutzen. Dafür muss es auch weiterhin niederschwellige, möglichst betriebliche und anschlussfähige Qualifizierungsangebote für Jugendliche mit Förderbedarf geben. In der Ausbildung wollen wir Jugendliche und Betriebe stärker unterstützen – zielführende Maßnahmen sind hierfür ausbildungsbegleitende Hilfen und insbesondere für Kleinst- und Kleinbetriebe die Assistierte Ausbildung, bei der die betriebliche Ausbildung durch individuelle Vorbereitungs- und Unterstützungsangebote eines Bildungsträgers flankiert wird.

Bei der Berufswahl und der dazu passenden Bildungslaufbahn spielen nicht nur Freunde, Klassenkameraden, Lehrer und Vorbilder aus der beruflichen Praxis eine entscheidende Rolle, sondern auch Eltern. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Schulen auch die Eltern in die Berufsorientierungsangebote an den Schulen einbeziehen. Wir wollen auch den Gruppen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund Angebote machen, die bislang nur selten eine Ausbildung aufnehmen, vor allem Frauen aus dieser Gruppe.

Wir setzen uns dafür ein, dass unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sich in Deutschland weiterbilden und beruflich qualifizieren wollen, der Weg zu einem Schulabschluss und einer dualen Ausbildung offensteht. Gut integrierten unbegleiteten Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, eine in Deutschland begonnene Ausbildung auch abzuschließen. Wir müssen aber auch die Betriebsinhaber und Betriebsinhaberinnen mit Migrationshintergrund intensiver ansprechen und für eine Fachkräftegewinnung über das Berufsbildungssystem gewinnen.

Schließlich sollen diejenigen eine zweite Chance erhalten, die im Ausbildungs- oder Hochschulsystem schon einmal gescheitert sind. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, gezielt in die Nachqualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss zu investieren. Deswegen soll die Initiative „AusBildung wird was – Spätstarter gesucht“ als Programm „2. Chance“ fortgeführt werden. Bessere finanzielle Rahmenbedingungen sollen die Bereitschaft fördern, auch in späteren Jahren noch einen qualifizierten Abschluss zu erreichen. Ihre in Betrieb und Hochschule erworbenen Qualifikationen dürfen dabei nicht verloren gehen – egal in welchem Land sie diese erworben haben. Jeder Mensch ist uns wichtig.

Karrieren fördern

Kein Abschluss ohne Anschluss: Auch im Berufsbildungssystem sind Aufstiege möglich. Meister-, Techniker- und Fachwirtabschlüsse entsprechen Bachelor-Abschlüssen, strategische Professionals (IT-Bereich) Master-Niveau. Im Deutschen Qualifikationsrahmen haben wir dies transparent gemacht. Alle Zeugnisse enthalten seit 2012 einen entsprechenden Hinweis.

Berufliche Fortbildungen sind akademischen Ausbildungen absolut gleichwertig. Deswegen wollen wir sie auch bei der Förderung gleichstellen. So wollen wir die Förderung des Zuschusses zum Unterhalt von 44 auf 50 Prozent und bei den Lehrgangs- und Prüfungskosten von 30 auf 50 Prozent erhöhen. Darüber hinaus wollen wir zusätzlich denjenigen, die ihre Fortbildungsprüfung bestehen, die Hälfte ihrer Schuld erlassen (bisher 25 Prozent). Der Darlehensanteil reduziert sich damit auf ein Viertel der Gesamtförderung.

Wir sind auf die Fortbildungsabsolventen besonders in den technischen Disziplinen dringend angewiesen. Nicht zuletzt im Handwerk brauchen wir junge Meisterinnen und Meister. In den kommenden 10 Jahren stehen über 200.000 Betriebsnachfolgen an. Die gesellschaftliche Wertschätzung der jungen Frauen und Männer, die Verantwortung für einen Betrieb übernehmen, muss auch in der Fortbildungsförderung sichtbar werden.

Durchlässigkeit zwischen den Systemen erhöhen

Betriebliche und akademische Ausbildung schließen einander nicht aus, sondern ergänzen sich. Deswegen fördern wir die Durchlässigkeit und unterstützen die in Bayern schon starken dualen Studiengänge ebenso wie beruflich Qualifizierte, die nach einer Ausbildung den Weg an eine Hochschule finden. Im Hochschulpakt haben wir zuletzt vereinbart, dass sie eine besondere Förderung erfahren sollen. Von den Hochschulen erwarten wir außerdem, dass sie sich noch stärker als Weiterbildungsanbieter positionieren. Mit dem Programm „offene Hochschulen“ haben wir dafür bereits Anreize gesetzt. Umgekehrt werden wir für akademisch Qualifizierte das Meister-BAföG öffnen, um ihnen eine Karriere im Berufsbildungssystem zu eröffnen.

Die Frage der beruflichen Qualifizierung betrifft das Fundament unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes. Durch die aktuellen Veränderungen im Bildungsverhalten der jungen Menschen hat sich das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung deutlich verschoben. Die Konsequenzen sind bereits spürbar. Die CSU-Landesgruppe strebt daher an, in einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft der beruflichen Bildung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den Sozialpartnern die Entwicklung zu erörtern und die notwendigen Maßnahmen zu identifizieren, um die Fachkräftebasis unserer Wirtschaft mittelfristig zu sichern und zu stärken.